

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Jahrgang Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Landratsamts Weiskau.

Postfachnummer: Dresden 1638
Großstraße Rieser Nr. 82.

Nr. 43.

Sonnabend, 20. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bismarck. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung an. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 60 mm breite, 3 mm hohe Druckerschriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt existiert, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe der Aufträge in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abdrücke unterhalten keine Ansprüche auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Fememordpsychose.

Hr. Bewußt, es sind von einigen unverantwortlichen, verheerenden jungen Leuten begangen worden, die jeder anständige Mensch, gleichgültig welcher politischen Richtung er angehört, verabscheuen muß. Das soll nicht sein, das soll nicht vertuscht werden. Wir beklagen es, daß sich die ordentlichen Gerichte so wenig der Sache angenommen haben und die Mörder der Strafe zuführen, die sie verdienen. Wenn aber gewisse politische Kreise versuchen, aus diesen so betrüblichen, aber Gott sei Dank doch vereinzelt vorkommenden Vorfällen Kapital für ihre parteipolitischen Ziele herauszuschlagen, wenn sie Tag für Tag von einer politischen Verurteilung der nationalen Kreise sprechen, ganze Parteien als intellektuelle Urheber dieser Fememorde bezeichnen, ohne jede Anhaltspunkte und Unterlagen Führer dieser Parteien mit diesen schrecklichen Taten in Zusammenhang bringen, so begehen sie eine Tat, die nicht minder zu verabscheuen ist, als das Verbrechen dieser bereits verurteilten jungen Leute. Durch tägliche Behauptungen in der Presse hat man es bereits verstanden, eine Fememordpsychose großzuzüchten. Man kennt ja die Wirkung des gedruckten Wortes. Wenn fast zu jeder Stunde dem Volke von dem Vorhandensein großer politischer Fememordorganisationen berichtet wird, so wird das Volk auf die Dauer diesen Entstellungen Glauben schenken. Die Waffengestaltung ist für das andere. Ruhe und Entgütung der politischen Atmosphäre, deren wir so dringend bedürfen, schmunden, das Ansehen Deutschlands im Ausland als zivilisierte, kulturell hochstehende Nation leidet. Niemand schöpft Gewinn aus diesen Verheerungen. Nur die Parteien, die sie in die Welt setzen.

Zeit einigen Tagen arbeitet im preussischen Landtag ein Untersuchungsausschuß, der sich zu drängen hat über eventuelle Zusammenhänge zwischen Arbeitgeberverbänden, deutschnationalen Abgeordneten und Fememördern. Die Untersuchung wird recht gründlich durchgeführt. Aber so viel Jungen bis jetzt schon vernommen wurden, so ergebend auch die Fragestellung der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses waren, nichts, auch nicht das geringste ist zu Tage gefördert worden, was die Behauptungen irgendwie stützen könnte. Kapitulation vor einmal die Weisheit, die der Verhandlung des Ausschusses zu Grunde liegen. Der Oberleutnant o. D. Schulz war in einer Abteilung des strikten Zentralverbandes der Landarbeiter als Hilfskraft angestellt. Seine Tätigkeit gab seinen Vorgesetzten zu keiner Klage Anlaß. Er war zuverlässig, arbeitete und erfüllte die Aufgaben, die ihm übertragen waren. Verständlich daher, daß er sich einer gewissen Sympathie seiner Mitarbeiter erfreuen durfte. Als dieser Oberleutnant Schulz eines Tages wegen der Vorkommnisse am Rüstmeister Busch verhaftet wurde, war jeder einzelne im Zentralverband der Arbeiter, daß der Verdächtige an den Strafzettel, die man ihm vorwarf, völlig unschuldig sei. Aus dieser Ueberzeugung erwuchs das Bestreben, dem jungen Mann die Möglichkeit zu verschaffen, sich der Hilfe eines tüchtigen Rechtsanwalts zu versichern, und ihm möglichst einige Erleichterungen zu verschaffen, die ihm das Leben im Gefängnis erträglicher gestalten könnten. Eigene Mittel konnte der Verband naturgemäß nicht zur Verfügung stellen. Der deutschnationale Abgeordnete Wehner sah sich daher nach Geldgebern um und kam so auf den ihm bekannten Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn von Jungen. Seine Bitte wurde rühmlich abgelehnt. Als einige Wochen später eine andere Abteilung des Zentralverbandes sich an Herrn von Jungen um ein Darlehen von 5000 Mark wandte, wurde diese Summe bewilligt. Die Quittung für dieses Darlehen unterschrieb der Ehrenvorsitzende der Organisation, der deutschnationale Abgeordnete Wehner. Der Arbeitgeberverband zur Verfügung gestellten Summe nicht orientiert war, ließ sich das Geld ausbändigen und verwandte es für den Zweck, den er vorhatte. Aus der Untersuchung hat sich das eine klar herausgestellt, daß weder Wehner noch Wehners, ebensowenig selbstverständlich die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, jemals auch nur mit dem Gedanken gespielt haben, Schulz oder irgendjemanden als überführten Verbrecher zu bezeichnen. Sogar die untersuchenden Gerichtsbehörden sind niemals auf diesen Verdacht gekommen, geschweige daß sie Anhaltspunkte fanden, die einen solchen Verdacht hätten haben können.

Es kommt weiter hinzu: Den im Untersuchungsausschuß vernommenen Abgeordneten wird der Vorwurf gemacht, mit Fememördern in enger Verbindung gestanden zu haben. Aber wo sind diese Fememörder? Oberleutnant Schulz, auf dessen Verleumdung diese Behauptung aufbaut, ist in Untersuchungshaft. Bewußt, es besteht ein Verdacht gegen ihn, der ihn mit den Wortführern in Zusammenhang bringt. Aber ist ein Verdacht gleichbedeutend mit der Schuld? Es ist doch nicht angängig, einen Verdächtigsten schon als überführten Verbrecher zu bezeichnen, wenn ein Urteil noch gar nicht vorliegt. Wie kann daher die Untersuchungsausschuß sich über Zusammenhänge zwischen Abgeordneten und einem Fememörder unterhalten, wenn darüber noch gar keine Klarheit besteht, ob überhaupt ein Fememörder in dieser Affäre existiert? Die Verhandlungen des Ausschusses schweben also vollkommen in der Luft. Ein abschließender Spruch dieses Gremiums vor einer Entscheidung der gerichtlichen Instanzen über Schuld oder Nichtschuld des Oberleutnants Schulz ist daher unmöglich.

Und sollte das Verbrechen des verdächtigen Oberleutnants wirklich erwiesen sein, dann müßte zunächst die Frage gereinigt werden, ob die deutschnationalen Abgeordneten im Zentralverband der Arbeitgeberverbände in dem Augenblick, als sie die Gelder zugunsten des Schulz verwandt haben, sich der Angelegenheit des Inhaftierten wußten oder nicht. Auch wenn diese Frage bejahend beantwortet würde, so könnte strafrechtlich nichts gegen diese Herren unternommen werden, denn das Gesetz besagt es ausdrücklich, daß es jedem Bürger erlaubt ist, einem Untersuchungsbehörden Unterstützung zu leisten. Politisch müßten diese Herren dann allerdings gerichtet werden. Aber ihre erbliche Auslage befindet, daß sie von der Unschuld des Oberleutnants vollkommen überzeugt waren.

Ministerbesuch in Aöln.

Aöln. (Funkpr.) Reichsaussenminister Dr. Brüning traf in Begleitung des Gesandtschaftsrats Zirkelmann, des Reichsjustizministers und des Ministers für die besetzten Gebiete Marx, des Generalkonsulatskommissars Schmidt und des preussischen Kultusministers Weder, heute vormittag in Aöln ein. Der Reichsaussenminister wird, wie angekündigt, am heute abend stattfindenden Beschlusses der Aölnener Studentenchaft teilnehmen.

Der Reichsernährungsminister gegen die Gerüchte über seinen Urlaub.

Berlin. Vor einigen Tagen hieß es, daß der neue Reichsernährungsminister Haslunde aus Anlaß einer gewissen Sabotage der Beamten seines Ministeriums gegen ihn in Urlaub gegangen sei. Der Reichsernährungsminister veröffentlicht nun in der Presse eine Erklärung, wonach er den Urlaub schon nach so kurzer Amtszeit in Folge einer Erkrankung hätte nehmen müssen, die er sich durch eine verschleppte Grippe zuzog und eine völlige Nervenaufspannung herbeiführte. Die Beamtenchaft seines Ministeriums sei ihm mit Vertrauen und Bereitwilligkeit entgegengekommen und von irgend einem Widerstand derselben sei ihm nichts bekannt geworden. Eine Verbindung irgend eines Beamten seines Ministeriums mit einem Artikel der 'Schpreussischen Zeitung', der seine Urlaubsgründe besprach, könne ihm nicht gegeben, vielmehr hätten die Beamten ihm ihr Bestreben über diesen Artikel ausgesprochen. Ein Widerstand aus der Beamtenchaft würde zweifellos eine ganz andere Folge ausgelöst haben.

Die Fortdauer der Reichsgetreidestelle.

Berlin. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beriet am Freitag die Vorlage über die Sicherung der Getreidebewehrung und die vom Abg. v. Dewig (Dnt.) vorgelegten Richtlinien über ein Einfuhrmonopol. Abg. Dewig (Dnt.) bezeichnete die Vorlage in der vorliegenden Form als ungeeignet zur Erreichung des angestrebten Zweckes. Abg. Schmidt-Römpel (Zos.) hielt eine Regulierung des Roggenanbaus für notwendig. Bei entsprechender Gestaltung der Verwaltung seien keine Fremde Besorger der Monopolverwaltung. Die Abg. Hammer (Zent.) und Hummel (Dem.) verlangten, daß der miltären Marktlage ein Ventil geöffnet werden müsse. Das nächstliegende sei die Vereinfachung entsprechender Mittel für eine geeignete Zentralstelle. Abg. Bachmann (Dnt.) erklärte die Vereinfachung seiner Fraktion zur Mitarbeit an Erlösaufschlagenden Maßnahmen zur Belebung des Getreidemarktes und stimmte dem Vorschlag zur Einsetzung eines Unterausschusses zu. Der Unterausschuß wurde eingesetzt, nachdem Präsident Marx von der Reichsgetreidestelle einen Überblick über die deutsche Getreideernte in den Jahren 1908 bis 1918 und 1925 gegeben hatte. Wie wir erfahren, erließ Präsident Marx nach der Sitzung einen Schlußanlaß.

Der neue deutsch-polnische Konflikt.

Berlin. Die Reichsregierung hat nunmehr durch den deutschen Vertreter bei der gemischten Kommission für Oberösterreich den Antrag gestellt, eine Untersuchung gegenüber den brutalen Verfassungen des deutschen Volksbundes durch die polnischen Behörden in Ost-Oberösterreich einzuleiten. Der deutsche Vertreter wies auf die ungenügende Beunruhigung hin, die durch das Vorgehen der Polen gegen die deutsche Minderheit in Ost-Oberösterreich entstanden ist. Es liegt nunmehr in der Hand des Präsidenten der Kommission, des schweizerischen Bundesrats Godehard, den Antrag der deutschen Regierung durchzuführen. Präsident Godehard gab die Erklärung ab, daß er der Angelegenheit die dem Ernst der Lage entsprechende Aufmerksamkeit widmen werde.

Betriebsstilllegung bei Krupp.

Wie aus Essen gemeldet wird, beabsichtigt die Kruppische Maschinenfabrik die Werke 'Danabau II' in Eifel wegen Abwagnung stillzulegen. Von der Stilllegung werden 1000 Arbeiter und 42 Beamte betroffen. Nach Mitteilung der Kruppischen Maschinenfabrik ist infolge Betriebsstilllegung bzw. Einschränkung die Gesamtbeschäftigung der Firma Krupp von 42 000 auf 20 000 zurückgegangen. Von den 20 000 werden 10 000 nur in Kurzarbeit beschäftigt.

Neues Hochwasser in Westdeutschland.

Köln. Infolge starker Regenfälle im Quellgebiet der Mosel liegen gestern morgen Mosel und Saar ziemlich schnell. Die Saar hat in Saarbrücken mit 8,24 m ihren Höchststand erreicht. Die Mosel wird in Trier heute voraussichtlich zum Stillstand kommen. (Western 8 Uhr vormittags betrug der Wasserstand 4,70 m gegen 2,94 m vorkestern.) Die Rabe fällt wieder. Der Rhein in Koblenz wies 3,79 (gestern 2,77) m auf, heute wird voraussichtlich der Höchststand unter 5 m eintreten. Die getrigge Regengasse war nur von kurzer Dauer. Eine neue atlantische Depression bedingt veränderliche Witterung mit Regenfällen, die auf Gebietsteile des Niederrheins beschränkt bleiben. Die Temperatur ist weiter zurückgegangen. Die Höhen hatten Frost.

Das Nahetal überschwemmt.

Berlin. (Funkpr.) Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage ist das Nahetal über die Ufer getreten und beginnt das Tal unter Wasser zu liegen. Da das Wasser noch fortwährend steigt, sind die Verbindungswegen in den einzelnen Ortschaften abgeschnitten.

In der Pfalz haben Wolkenbrüche in den Ortschaften teilweise große Verheerungen angerichtet. Die Straßen stehen unter Wasser und müssen mit Säbchen befahren werden. Die Regenmengen gingen in solcher Stärke nieder, daß in wenigen Minuten ganze Striche in große Seen verwandelt wurden.

Neue Hochwassergefahr in Holland.

Amsterdam. (Funkpr.) Wie aus Roermond berichtet wird, ist dort das Wasser der Waas seit gestern vormittag in besorgniserregender Weise angeschwollen. Verschiedene Dörfer sind erneut mit Ueberflutung bedroht. Besonders ernst ist die Lage bei dem Orte Lel, da das Wasser wieder mit Gewalt durch den alten Deichbruch bei Nierum strömt.

Drohendes Hochwasser in Frankreich und Belgien.

Paris. (Funkpr.) Aus verschiedenen Gegenden Frankreichs kommen wieder beunruhigende Meldungen über das Steigen der Flüsse infolge der letzten starken Regenfälle. Der Stand der Seine ist vorläufig noch verhältnismäßig niedrig, während Maas, Mosel und Oise bereits zum Teil über die Ufer getreten sind. Auch aus Belgien liegen Nachrichten über drohendes Hochwasser vor, namentlich die Maas ist im ständigen Steigen begriffen.

Demokraten und Volkseinheit.

Berlin. Eine demokratische Korrespondenz veröffentlicht aus Anlaß der bevorstehenden Auslegung der Einzeichnungslisten für ein Volksbegehren in der Frage der Parteienabfindung nachstehende Mitteilung der Parteileitung: Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion ist aus dem Bestreben heraus, die ungenügenden Forderungen der Parteien abzuwehren und das schwer leidende deutsche Volk vor weiterer Belastung zu bewahren, nachdrücklich bemüht, eine diesem berechtigten Verlangen entsprechende gesetzliche Regelung der Parteienabfindung auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Die Gestaltung des Kompromissentwurfes im zukünftigen Anlaß steht noch nicht fest. Die Hoffnung auf eine entsprechende Regelung ist somit noch vorhanden. Für die Deutsche Demokratische Partei ist daher der Zeitpunkt für eine Stellungnahme an einem Volksentscheid noch nicht gekommen.

Die Anlagenschrift gegen Darmat und Helmwig.

Berlin. (Funkpr.) In ihrer Anlagenschrift von mehr als 600 gedruckten Folioseiten bezieht die Staatsanwaltschaft zwei Brüder Darmats, darunter Julius Darmat als Hauptangeklagter, des Betruges gegenüber der Staatsbank, ferner aktiver Betrug des Oesles und Helmwigs. Gegen die anderen Darmats wird die Einleitung des Verfahrens beantragt. Helmwig wird angeklagt der Untreue und passiver Betrug. Auch Abg. Lange-Degenermann ist angeklagt. Bei dem früheren Ministerialdirektor Raug wird beantragt, ihn außer Verfolgung zu setzen. Der verordnete Minister Dr. Oesle gilt als schwerer Betrug für überführt.

Der dem Reich und dem Staat Preußen zugehörige Schaden wird auf 20 Millionen Mark geschätzt. Die Staatsanwaltschaft will in der Lage sein, ihre sämtlichen Angaben urkundlich zu belegen, so daß Jünglingszeugen in diesem Prozeß keine entscheidende Rolle spielen können.

Die Gemeindevahlen in Bulgarien.

Sofia. Die Zeitungen veröffentlichen die endgültigen Ergebnisse der Gemeindevahlen. Bei einer Wahlbeteiligung von ungefähr 80 Prozent wurden abgegeben für die Reglerpartei (Demokratische Partei) 87 000, d. h. 48 Prozent aller abgegebenen Stimmen, für die Demokratische Partei 16 000, für die Agrarländer 17 000, die Sozialdemokraten 11 000, die Nationalliberalen 27 000, die Stambulowisten 12 000 und die radikal-demokratische Partei 6 000 Stimmen. Die Mandate in Sofia verteilen sich wie folgt: Reglerpartei 22, Nationalliberalen 10, Demokraten 6, Agrarländer 8, Sozialdemokraten 4, insgesamt 60 Sitze.